

ATOMMÜLLENDLAGER SCHACHT KONRAD

NR. 2 • JUNI 1991

BIS 15. JULI:

Einwendungen erheben!

Eine entscheidende Phase des seit 8 1/2 Jahren laufenden Planfeststellungsverfahrens für ein Atommüllendlager Schacht KONRAD in Salzgitter ist erreicht: die Planunterlagen liegen seit dem 16. 5. 1991 bis zum 15. 7. 1991 in Hannover und an verschiedenen Stellen in der Region (siehe S. 4) öffentlich aus. Innerhalb dieser zwei Monate – und nur dann – haben alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, Einwendungen gegen das Endlager-Projekt zu erheben. Die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD ruft dazu auf, massenhaft davon Gebrauch zu machen.

Schacht KONRAD soll das erste "genehmigte" Endlager für Atommüll werden (das Endlager Morsleben ist z.Zt. vorläufig stillgelegt; eine Wiederinbetriebnahme ist fraglich). 95 % des radioaktiven Mülls der Bundesrepublik sollen in dem ehemaligen Erzbergwerk endgelagert werden. Trotz jahrelanger aufwendiger Untersuchungen konnte die Sicherheit des Schachtes nicht nachgewiesen werden. Mehr noch: Wenn KONRAD in Betrieb geht, wird durch den Abluftschornstein ständig Radioaktivität an die Umwelt abgegeben werden. Unfälle mit unabsehbaren Folgen bei der Einlagerung und dem Transport sind nicht auszuschließen. Durch die hohe Konzentration der Atommülltransporte in Südostniedersachsen sind Unfälle auf Straßen und Schienen so gut wie vorprogrammiert.

Seit Jahren dient Schacht KONRAD als Entsorgungsnachweis für den Bau und Betrieb von Atomanlagen. Die Aufnahmekapazität von Schacht KONRAD ist nicht nur dafür ausgelegt, den vorhandenen Atommüll aufzunehmen, sondern für den in den nächsten Jahrzehnten anfallenden Atommüll, ab 1993 möglicherweise aus ganz Europa. Etwa 1993 werden alle Atommüll-Zwischenlager gefüllt sein. Mit einem Endlager KONRAD kann die unverantwortliche Atompolitik fortgesetzt werden. Wenn KONRAD verhindert wird, wäre dies ein entscheidender Schritt in Richtung Ausstieg!



Alle Bürgerinnen und Bürger sind deshalb von dem weiteren Verlauf des Genehmigungsverfahrens betroffen. Jede/r, der die beschriebenen Gefahren verhindern und den Ausstieg aus der Atomenergie erreichen will, sollte jetzt Einwendungen erheben. Damit wird zugleich demonstriert, daß die geplante Anlage politisch nicht durchsetzbar ist.

Dirk Fischer



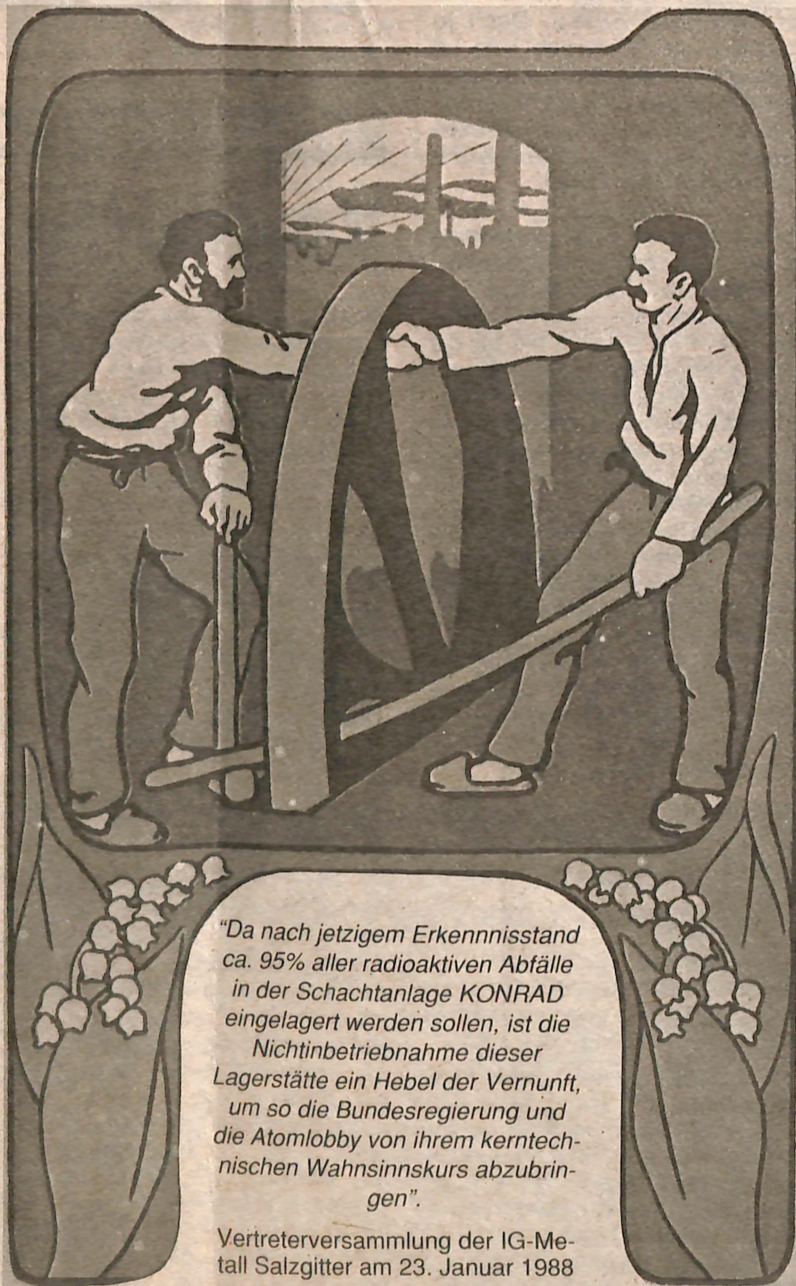
Mit Info-Bussen, die kreuz und quer durch Deutschland fahren, bietet die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V. derzeit Beratung und Informationen an – hier am 28. Mai in Goslar. Dabei soll mit Aktionstagen im Bundesgebiet vor allem die bundesweite Bedeutung von KONRAD deutlich gemacht werden. In der Region um KONRAD selbst steht die Beratung über konkrete Aspekte des Einwendungsverfahrens im Vordergrund. Termine auf Seite 4!



Eine Region setzt sich zur Wehr

2000-3000 Menschen aus der Region um KONRAD folgten am 25. Mai dem Aufruf der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V. zu einer Kundgebung zu Beginn der Planauslegung. Erstmals hatte auch der Landvolkverband aufgerufen, und zahlreiche Landwirte beteiligten sich mit Traktoren. Die IGM-Ortsverwaltung teilte mit, daß die Vertrauensleute in den Metallbetrieben rund um das geplante Endlager mit eigenen Einwendungen gegen das Projekt mobilisieren. Mehr noch als im Normalbetrieb sind die Metallkollegen die ersten, die bei schweren Unfällen betroffen wären. Ebenfalls am 25. Mai bezog die Synode der Evangelischen Landeskirche Braunschweig erstmals deutlich Position gegen KONRAD. "Jetzt wird das Atommüll-Projekt Konrad nahezu von allen gesellschaftlichen Gruppen der Re-

gion abgelehnt", faßte eine Sonntagszeitung die Lage zusammen. Eher unzufrieden fragten zwei der 15 Oldenburger, die gemeinsam nach Salzgitter gekommen waren, warum der Aufruf der Arbeitsgemeinschaft zur Kundgebung angesichts der bundesweiten Bedeutung der KONRAD-Pläne nicht mehr Resonanz im Bundesgebiet gefunden habe. Mit Info-Bussen, die in den nächsten Wochen durch das ganze Land rollen, sowie mit Veranstaltungen und Aktionstagen will die Arbeitsgemeinschaft gerade die bundesweite Bedeutung deutlicher werden lassen. Aber soviel steht schon heute fest: Mag es möglich sein, eine Landesregierung per Verfassungsgerichtsurteil in die Knie zu zwingen – eine ganze Region, die KONRAD entschieden ablehnt, läßt sich so schnell nicht über den Tisch ziehen.



MOTIV DER MAI-VERANSTALTUNG 1987 IN LEIPZIG



Europa wartet

Lagerkapazitäten für Atommüll sind in allen Ländern knapp, Endlagerstätten weltweit praktisch nicht vorhanden. Zwar hat die Bundesregierung erklärt, die sog. Entsorgung müsse auch zukünftig national geregelt werden. Experten gehen indes davon aus, daß jedes nach nationalem Recht genehmigte Endlager angesichts der bevorstehenden Einführung des EG-Binnenmarktes Anfang 1992 automatisch zum EG-Endlager wird. EG-Recht bricht nämlich nationales Recht und besagt: Der freie Warenverkehr darf nicht behindert werden. Und dies gilt auch für Atommüll. So Prof. Dr. Lukes von der Universität Münster auf der Jahrestagung Kerntechnik im Mai 1990 in Nürnberg: Nationale Genehmigungen dürfen keine Anforderungen stellen, die über den europäischen Grundnormen zur radioaktiven Sicherheit liegen und keine Standards festsetzen, die von inländischen Firmen ohne weiteres, von ausländischen Firmen aber nicht erfüllt werden können. Das für KONRAD beantragte Hohlraumvolumen von 650.000 m³ faßt zudem weitaus mehr Atommüll, als in der BRD auf lange Sicht produziert wird. Je mehr europäischer Müll eingelagert wird, umso billiger wird die Endlagerung für die deutschen Atommüllproduzenten. Umsomehr Atommülltransporte werden aber auch Europa durchziehen und umso unkontrollierbarer wird auch, was letztendlich in KONRAD eingelagert werden wird.

ulk



Wissenschaftler kritisieren KONRAD-Pläne

Zu einer Arbeitsbesprechung über die KONRAD-Pläne ist der wissenschaftliche Beirat der AG SCHACHT Konrad am 1. Juni zusammengetreten. Die Wissenschaftler hoben hervor, daß das Verfahren nicht nur wegen des Endlagerprojektes KONRAD selbst von Bedeutung sei; vielmehr würde in diesem ersten deutschen Endlagerverfahren festgeschrieben, wie mit dem gefährlichen Atommüll zukünftig überhaupt umgegangen werde. Die Erklärung des Beirates ist auf der letzten Seite dokumentiert.

Kommunen diskutieren Betroffenheit

Im ganzen Bundesgebiet wird in kommunalen Gremien und Verwaltungen derzeit diskutiert, ob und wie weit die KONRAD-Pläne die Interessen der jeweiligen Kommune berühren. Dies könnte vor allem in der Frage des Antransportes des Atommülls der Fall sein, aber gerade hier ist der Plan unvollständig. Interessierten Kommunen und KommunalpolitikerInnen sendet die AG Schacht KONRAD e.V. auf Wunsch eine Zusammenstellung von Material und Dokumenten zu.

Guter Rat ist teuer - KONRAD ist zu billig - Wir bezahlen die Zeche



Gottesdienst am Schacht

Auf der Suche nach einem Endlager

Dreißig Jahre nach Beginn der Atomenergienutzung sind die Betreiber immer noch auf der Suche nach einem Ort, an dem der zwangsläufig anfallende Atommüll endgelagert werden kann. Erst ab 1979 wurde der Betrieb von Atomanlagen an die Entsorgung gekoppelt: "Fortschritte bei den Entsorgungsprojekten" sollten für den Betrieb von Atomanlagen genügen! Eine lächerlich wirkende Bedingung angesichts der Bedrohung durch die sich häufenden Atommüllmengen.

Die Bundesrepublik hat von Anfang an auf Salz als Einlagerungsmedium gesetzt, obwohl andere Staaten dies für ungeeignet halten. Von 1967 bis '78 wurde sämtlicher "schwach- und mittelradioaktiver" Abfall in das alte Salzbergwerk ASSE II bei Wolfenbüttel gekippt; zu Versuchszwecken, wie es anfangs hieß. Doch der Müll lagert hier für die Ewigkeit. Dieser "Versuch" mußte gestoppt werden, denn das Atomgesetz schreibt seit

Atommüll-Fässer in der Asse



1978 für Endlager ein Planfeststellungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung vor.

Ab 1977 setzte die damalige Bundesregierung auf Gorleben und Schacht KONRAD: Gorleben als Universalendlager, KONRAD für Abfälle aus dem Abriß von AKW's. Doch je schlechter die Bohrerergebnisse im Gorlebener Salstock ausfielen, desto mehr Atommüll wurde für KONRAD vorgesehen. Heute sind es 95% des gesamten Atommülls, die in KONRAD verschwinden sollen.

Obwohl doch die Bundesregierung auf Salz setzt, bedient sie sich jetzt des Erzlagers KONRAD. Die Erzsicht an sich hat — auch nach Aussagen der PTB — nicht die für die Endlagerung entscheidenden Eigenschaften. Die geologischen Formationen "drumherum" sollen angeblich so gut sein. Wichtiger erscheinen aber folgende Merkmale des Standortes KONRAD: Oberirdisch muß (fast) nichts gebaut werden, mithin muß kein Wald gerodet werden (was die Bevölkerung mißtrauisch werden lassen könnte). Und die Bevölkerung gilt als "industriell erfahren"; soll heißen: Wer eh schon Dreck gewohnt ist, wird auch noch weiteren Dreck schlucken.

cs

Natürlich drängt die Frage "Wohin mit dem Atommüll, der schon da ist?". Wo über Jahrzehnte eine Atomenergiewirtschaft betrieben wurde, die keine verantwortbare Lösung für die Atommüllbeseitigung mit einschloß, da sollen wohl irgendwann Sachzwänge auftreten! Jetzt ist es soweit — Handeln ist angesagt.

Nur darf die Frage nicht lauten "Wohin damit?" — und alles läuft auf Schacht KONRAD zu — und schon gar nicht darf sie an diejenigen weitergegeben werden, die sich gegen ein Endlager Schacht KONRAD wehren. Auch wir können die fertigen Lösungen nicht anbieten. Aber es sind auch nicht wir, die Forschungsaufträge verteilen, Subventionen gewähren, Wissenschaftler bezahlen. Nur eins ist klar: wenn nur annähernd mit soviel finanziellen Mitteln und geistiger Potenz an die Atommüllbeseitigung herangegangen würde, wie (immer noch) in den Atomenergiekreislauf investiert wird, dann wären wir auf dem Weg, die Folgen einer der gefährlichsten Technologien überhaupt zu beseitigen, schon ein gutes Stück weiter.

Natürlich kostet das viel Geld. Aber: mit der Atomenergie werden auch Unsummen Geld verdient. An Steuergeldern sind ca. 22 Milliarden DM hineingesteckt worden.

Schacht KONRAD ist die gefährlich billige Antwort auf den Entsorgungs-Notstand. Er wurde nicht als ideales Endlager aus mehreren Möglichkeiten ausgesucht, sondern bot sich nach der Stilllegung des Erzabbaus an. Nachdem Gorleben gescheitert war, hieß die Problemstellung: die Eignung von Schacht KONRAD als Endlager muß nachgewiesen werden.

Viele Gefahren für die hier lebende Bevölkerung werden in unverantwortlicher Weise heruntergespielt, bzw. -gerechnet. Der Gipfel der Ignoranz ist aber im Konzept selbst zu sehen: Der Atommüll wird nicht rückholbar eingelagert. Damit wird eine Technologie angewandt, die keine Korrektur mehr zuläßt. Keine Forschung, keine Erfindung, keine neuen Erkenntnisse, z.B. in Bezug auf andere Entsorgungsformen, können sich je mit dem Inhalt von Schacht KONRAD befassen. Was ist das für ein Wissenschaftsverständnis, in dem die Zukunft keinen Platz mehr hat?!

Wenn von der Bevölkerung eine annähernde Akzeptanz für eine Langzeit-Lagerstätte erwartet werden soll, dann müssen folgende Bedingungen erfüllt sein:

- Einlagerung rückholbar, wo immer sie geschieht

- Untersuchung der grundsätzlich sichersten Lagermöglichkeit, ohne Ortsanbindung

- Paritätische Beteiligung von unabhängigen Fachleuten an allen Untersuchungen

- Beteiligung der Bevölkerung (Bürgerinitiativen) an jeder Phase des Verfahrens

- Umweltverträglichkeitsprüfung nach EG-Richtlinien

- Beweislast bei Schäden beim Betreiber, nicht beim Geschädigten

- Einbeziehung der Atommüll-Transporte in die Planunterlagen, desgleichen soziale, arbeitsmarktpolitische und strukturelle Auswirkungen auf die Region

- Überwachung der Betriebs- und Nachbetriebsphase durch betreiberunabhängige Einrichtungen.

Weitere Anforderungen sind denkbar.

Eines sollte unmißverständlich klar sein: die Akzeptanz, in welchem Maße auch immer, für irgendwelche Entsorgungsformen oder auch Endlagerstätten steht und fällt mit dem Atomenergie-Konzept überhaupt. Und da kann es nur heißen:

ERST ABSCHALTEN
— DANN ENDLAGERN!

mfr



Morsleben Demo 9.3.91

ENDLAGER MORSLEBEN:

Vorläufig stillgelegt

Ganz gezielt hat die Bundesregierung das Atommüll-Endlager Morsleben der ehemaligen DDR (ein ehemaliges Salzbergwerk 7 km östlich von Helmstedt) in die Einheit "gerettet". Mit einer Änderung des Atomgesetzes wurde Morsleben ein "Bestandsschutz" bis in das Jahr 2000 gegeben, so daß auch nach der Vereinigung dort weiter eingelagert wurde. Eine vom Atomgesetz vorgeschriebene Öffentlichkeitsbeteiligung soll damit bis zum Jahr 2000 vermieden werden. Mit der Entscheidung vom 25. 2. 1991 hat das Bezirksgericht Magdeburg der Helmstedter Rechtsanwältin Claudia Fitt-

kow Rechtsschutz gewährt, und die Einlagerung in Morsleben "bis zur Entscheidung in der Hauptsache" vorläufig und unanfechtbar gestoppt.

Diese mutige Entscheidung des Gerichts hat die Planungen der Bundesregierung erstmalig durchkreuzt. Sie will Morsleben auch für die Einlagerung von "West-Atommüll" öffnen und sogar über das Jahr 2000 hinaus betreiben. Sie stützt sich dabei auf eine Überprüfung der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS), die dem Endlager zwar Mängel, aber "keine akute Gefährdung" bescheinigt. Nach offiziellen Angaben könnten in

Morsleben 60% der Abfälle endgelagert werden, die für KONRAD vorgesehen sind.

Eine von der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD und von der neugegründeten Initiative in Auftrag gegebene "Schwachstellenanalyse" kam zu dem Ergebnis, daß das Endlager Morsleben bei allen wesentlichen geologischen Befunden — selbst nach offiziellen Kriterien — schlecht abschneidet. So mißt die "Salzschwabe" (Deckschicht über den Hohlräumen) nicht, wie in den alten Bundesländern gefordert, 300-400m, sondern stets unter 100m, an einer Stelle nur ca. 35m. Genau an dieser Stelle gibt es eine Tropfstele, bei der man die Herkunft des Wassers nicht genau bestimmen kann.

C.S.

Foto unten: Menschenkette 1987

Wir fragten ...

... Hans Albert Gunk (Dominikaner/Pax Christi), Braunschweig.

Warum protestieren Sie als katholischer Geistlicher gegen das Endlager Schacht Konrad?

Für uns als Christen ist eine Unvorstellbarkeit, daß man hier, wie die PTB das ja verspricht, atomaren strahlenden Müll 300.000 Jahre und mehr endlagern kann. Das ist für uns die alte Ursünde des Menschen, der nicht begreift, daß er Grenzen hat und begrenzt ist, und das eben nicht einsehen will.

Betrifft die Kirche da nicht ein Feld, das sie besser den politischen Parteien überlassen wollte?

Christen glauben ja, daß die ganze Welt Gottes Welt ist und insofern gibt es keine Räume in dieser Welt, die mit Gott, die mit dem Evangelium nichts zu tun haben. Insofern denke ich, ist es Auftrag der Kirche, sich hier Gedanken zu machen, hier auch Gottes Recht zu bewahren und seine Schöpfung einzuklagen. Es gibt keine unpolitischen Räume. Wenn Kirche schweigt zu dem, was in der Welt vor sich geht, dann hat sie auch ihren Anteil, und sie wird mitschuldig an dem, was daraus wird.



Tödliche Bedrohung

Endstation: Salzgitter-Bleckenstedt. Ausgangsorte: die Wiederaufbereitungsanlage La Hague in Frankreich, Zwischenlager im gesamten Bundesgebiet, die Kernforschungsanlagen Jülich und Karlsruhe. Dazwischen hunderte von Kilometern mit Bahn und LKW, kleine Dörfer und Großstädte, Bahnübergänge und Ampeln. Kreuz und quer durch die Bundesrepublik werden sie rollen, Atommülltransporte mit Ziel Schacht KONRAD. 95% des atomaren Mülls sollen im Schacht KONRAD eingelagert werden, das bedeutet auch 95% aller Atommülltransporte durch eine dichtbesiedelte Region.

Etwa 80% des Atommülls sollen mit der Bahn, der Rest mit LKWs transportiert werden. In der Anfangszeit rollen etwa 9 Waggons täglich durch die Region, angekoppelt an ganz normale Güterzüge. Auf dem Braunschweiger Güterbahnhof stellen Mitarbeiter der Bahn diese dann zu Atommüllzügen zusammen. Es steht zu erwarten, daß der Braunschweiger Güterbahnhof zum größten Umschlagplatz für Atommüll wird.

Die genaue Zusammensetzung des transportierten Mülls ist in der Regel nicht bekannt; gemessen wird die Außenstrahlung am Behälter, und die variiert je nach der Verpackung: Ein Stahlblechcontainer läßt mehr Strahlung durch als in Beton eingegossener Atommüll.

Auch in ordnungsgemäßen Zustand geben die Transportbehälter also radioaktive Strahlung ab, die teilweise unter der meßbaren Grenze liegt. Betroffen sind insbesondere die Transportarbeiter: in einer Studie im Auftrag der Gewerkschaft der Eisenbahner wird auf die hohe Strahlenbelastung des Bahnpersonals hingewiesen. Obwohl diese täglich mit den Atommüllwaggons hantieren, gelten sie nicht als "beruflich strahlenexponierte" Personen.

"Die Beförderung radioaktiver Abfälle auf öffentlichen ... Verkehrswegen (Bahn/Straße) ist im allgemeinen mit - wenn auch meist geringen - radiologischen Auswirkungen/Risiken für die Bevölkerung verbunden", so die bisherige Stellungnahme der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) zu den Transportrisiken. Das Risiko ist gering, so will man uns glauben machen, so gering, wie das eines Unfalls. Und doch:

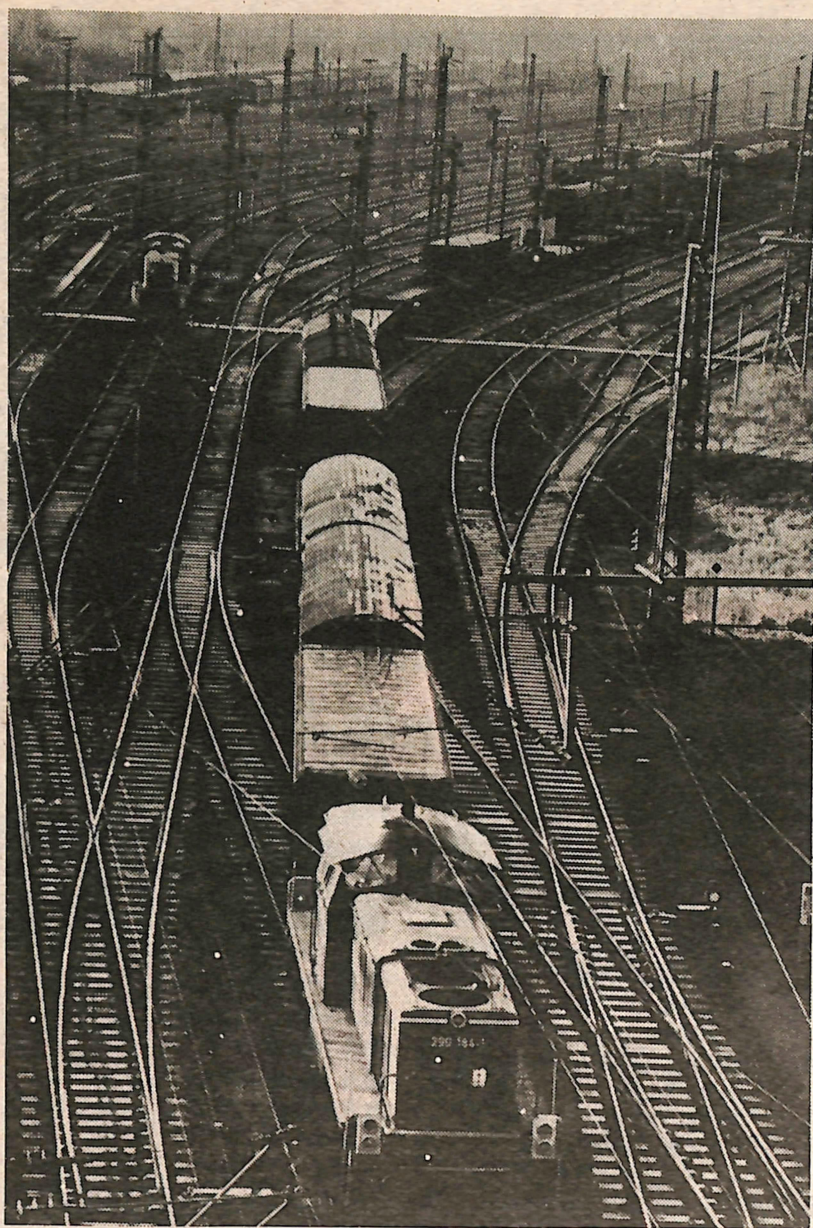
— North Dakota, USA. Am 27.8.1985 kollidiert ein Zug mit einem LKW, der 53 Fässer Urankonzentrat geladen hat. Die Uranbehälter platzen und eine 360qkm große Fläche wird verseucht.

— Empelde bei Hannover, am 20.3.1985. Zusammenstoß eines Kohlenzuges mit einem Tankzug. Das Gemisch explodiert, es brennt mehrere Stunden. Nur wenige Wochen zuvor berechnete eine Studie des Bundesforschungsministeriums zu Nukleartransporten die Wahrscheinlichkeit eines solchen Unfalls mit Null.

Unfälle beim Transport sind nicht zu vermeiden; zu diesem Ergebnis kommt auch die Gruppe Ökologie in Gutachten für die Stadt Nürnberg und die Gemeinde Vechelde. So liegt

die Wahrscheinlichkeit für einen Transportunfall mit radioaktiver Freisetzung auf der Strecke Wackersdorf-Schacht KONRAD bei einem Unfall innerhalb von 33 Jahren. Für das kleine Gebiet der Gemeinde Vechelde liegt das Risiko bei einem Unfall mit radioaktivem Austritt innerhalb von 142 Jahren. Solche Berechnungen sagen uns in erster Linie eines: Unfälle werden passieren. Neben anderen Faktoren darf auch die Möglichkeit "menschlichen Versagens" nicht ausgeschlossen werden. Ein Unfall in 10.000 Reaktorbetriebsjahren - so die Wahrscheinlichkeitsrechnung für das Atomkraftwerk von Tschernobyl - kann schon morgen passieren.

Bisher weigert sich das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), Antragsteller für das geplante Endlager Schacht Konrad, Fragen des Transportes mit in die Planunterlagen aufzunehmen. Dies sehen die Gemeinde Vechelde und die Stadt Braunschweig anders: Sie befürchten besondere Belastungen für die Bevölkerung durch die Atomtransporte - mit Recht. Selbst die atomfreundliche GRS kommt in einer Untersuchung zu dem Ergebnis, daß AnwohnerInnen des Braunschweiger Güterbahnhofs mit einer jährlichen Ganzkörperdosis von 40 Millirem radioaktiver Strahlung zu rechnen haben. Zugführer und Rangierer können Belastungen bis zu 130 Millirem ausgesetzt sein. Der vorgeschriebene Grenzwert von 30 Millirem für Anwohner von Atomanlagen soll für Braunschweig anscheinend außer Kraft gesetzt werden. "Ein Atomkraftwerk mit diesem Wert wäre



Hauptgüterbahnhof Braunschweig

nicht genehmigungsfähig", so Wolfgang Neumann von der "Gruppe Ökologie" Hannover (GÖK). Die GÖK geht sogar von einer noch höheren Belastung aus, denn geplant ist der Zweischichtbetrieb für die Einlagerung, nicht nur eine

Schicht pro Tag, wie von der GRS zugrunde gelegt. Auf die von Minister Töpfer angekündigte Studie zu den Risiken eines Transportunfalls warten die betroffenen Gemeinden bisher vergeblich.

dk

Wie läuft das mit den "Einwendungen"?

Die Planunterlagen liegen bis zum 15. Juli in Hannover, Salzgitter, Braunschweig und Peine aus (siehe Seite 4). Wer später gegen ein Atommüll-Endlager SCHACHT KONRAD und evtl. daraus entstandenen Schaden klagen will, muß in diesem Zeitraum eine Einwendung erheben.

Eine Einwendung muß schriftlich erfolgen. Es besteht die Möglichkeit, individuelle Einwände zu formulieren oder sich per Unterschrift der Sammeleinwendung anzuschließen. Eine individuelle Einwendung muß nicht wissenschaftlich begründet werden, sollte aber die persönliche Betroffenheit schildern.

Es ist rechtlich möglich und auch sinnvoll, daß eine Person mehrere Einwendungen (z.B. Sammel- und Einzeleinwendung) unterschreibt, wenn diese verschiedene Gründe enthält. Für die Gesamtwirkung im Verfahren ist es für uns wünschenswert, wenn neben der zahlreichen Unterstützung der Sammeleinwendung auch viele individuelle Einwendungen formuliert werden. Das Verfahren ist kostenfrei.

Sammeleinwendungen und Kopien von Einzeleinwendungen bitte an:

— **Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD**
Bleckenstedter Str. 24
3320 Salzgitter 1.

Tel.: 0 53 41 - 6 74 92 (Mo-Fr 14-18). Dort gibt es auch weitere Informationen und Beratung.

Wir fragten ...

... **Volker Naujok**, Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED).

Wie steht die GdED zu den Gefahren von Atommülltransporten?

"Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands hat sich bereits auf ihrem Gewerkschaftstag im Oktober 1988 für einen Ausstieg aus der Atomenergie ausgesprochen.



Solange jedoch noch Nukleartransporte stattfinden, müssen alle Anstrengungen unternommen werden, die größtmögliche Sicherheit für die betroffenen Kollegen zu gewährleisten.

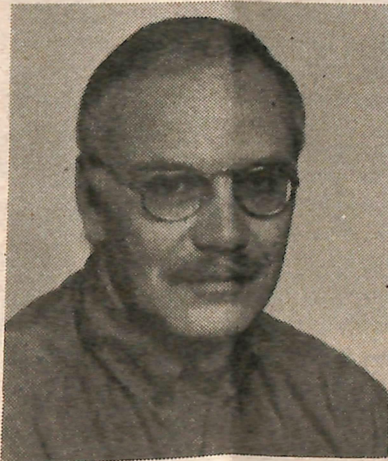
Welche Belastungen befürchten Sie für die Beschäftigten der Bundesbahn bei Inbetriebnahme des Endlagers?

"Nachdem die GdED ein Gutachten beim Ökoinstitut Darmstadt hat erstellen lassen, sind wir zu der Auffassung gekommen, daß Mitarbeiter der Bahn, die mit radioaktiven Abfällen zu tun haben, als beruflich Strahlenexponierte anzusehen sind. Von daher treten wir für die Kennzeichnung von Transporten und Bahnhöfen ein, auch die ärztliche Überwachung der Kollegen halten wir für unbedingt notwendig. In diesem Sinne versuchen wir auch die betroffenen Kollegen zu informieren."

... **Kort Bocherding**, Anwohner des Hauptgüterbahnhofs Braunschweig.

Was empfinden Sie bei dem Gedanken, daß der Transportweg hinter Ihrem Haus entlangführt?

"Wir verfolgen den Atommülltourismus in Europa, soweit es durch die Medien an die Öffentlichkeit gelangt, mit großer Sorge. Illegale Lagerung, falsche Deklaration, stets aber Profit sind die Begleiterscheinungen. Da wundert sich niemand, daß der Bevölkerung zugemutet wird, Art, Umstände und Wege des Atommülltransports aus dem Planfeststellungsverfahren für Schacht Konrad auszuklammern. Der Gedanke, daß die Probleme des Transportes sich im Raum Braunschweig zu Hunderten von Tonnen täglich verdichten, ist mir ebenso unerträglich wie der Gedanke, daß der Bahnhof Braunschweig zum ständigen Aufenthaltsort für Atommüll en masse wird."



Ist dieses Risiko nicht durch die Nutzung der Kernenergie vertretbar?

"Alle, die diesen Beteuerungen vertrauen, sollten zwei Fragen stellen: Wer (als Person) trägt diese Verantwortung? und zweitens: Wie (konkret) trägt er diese Verantwortung? Beide Fragen sind meines Wissens nicht auch nur andeutungsweise beantwortet worden."

Einwendung gegen das Atommüllendlager "Schacht KONRAD"

Durch das geplante Atommüllendlager in der ehemaligen Eisenerzgrube "Schacht Konrad" werde ich in meinen Grundrechten, insbesondere meinen Rechten auf Leben, Gesundheit und Eigentum verletzt. Ich erhebe folgende Einwendungen gegen die Errichtung des geplanten Endlagers:

1. Es ist grundsätzlich nicht nachweisbar, daß ein unterirdisches Atommüllendlager die Radioaktivität seiner Abfälle, die zum Teil 100.000 Jahre strahlen (z.B. Plutonium), für alle Zeiten vom Lebensraum der Pflanzen, Tiere und Menschen fernhalten kann.
2. Beim Normalbetrieb wird die Umgebung der Anlage durch radioaktive Abluft und Abwässer stetig belastet. Gesundheitsgefährdung durch Niedrigstrahlung besteht nach gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen auch unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte.
3. Das Sicherheitskonzept ist unvollständig. Es fehlen
 - a) Untersuchungen über das Transportrisiko für die Umgebung des Endlagers
 - b) Untersuchungen über das Zusammenwirken der bereits vorhandenen Schadstoffbelastungen mit den durch das Endlager neu hinzukommenden radioaktiven Belastungen.
 - c) Umweltverträglichkeitsprüfung
 - d) Katastrophenschutzpläne
 - e) Der Nachweis der Langzeitsicherheit
 - f) Die im Plan beschriebenen Unfall- und Störfallszenarien sind unvollständig. Die oberirdischen Bauwerke sind gegen Stör- und Unfälle, sowie gegen Einwirkungen von außen nicht genügend gesichert.
4. Die Annahmen im Sicherheitsbericht sind wertlos, weil eine dafür erforderliche lückenlose Produktkontrolle insbesondere unter europäischer Nutzung nicht möglich ist.
5. Das Ansehen und damit die wirtschaftliche Zukunft der Region werden durch Müllverbrennung, Pyrolyse, durch das Atommüllendlager "Asse II" und zahlreicher anderer schadstoffzeugender Industrieanlagen mit der Inbetriebnahme von Schacht Konrad weiter belastet.
6. Sachzwänge wie zum Beispiel das Ausweisen von Schacht Konrad als Entsorgungsnachweis lassen eine unbefangene Antragsprüfung nicht zu.

Vorname, Name	vollständige Anschrift	Unterschrift

Bitte bis spätestens 10.07.91 einsenden an: Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad, Bleckenstedter Str. 24, 3320 Salzgitter 1 zur Weiterleitung an das Niedersächsische Umweltministerium.

Erklärung des Wissenschaftlichen Beirats

Die radioaktiven Abfälle, die trotz fehlender Möglichkeiten einer Entsorgung weiter erzeugt werden, stellen ein Risiko dar, das von seiner radiologischen Giftigkeit und von seiner Langlebigkeit einer umfassenden gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskussion bedarf. Diese hat der von der Landesregierung auf Anweisung der Bundesregierung ausgelegte Plan nicht im Ansatz geleistet. Der Prozeß der Erzeugung und Lagerung radioaktiver Abfälle wirft folgende Fragen auf:

republik verursachen. Auf diese Risiken geht der Plan nicht ein.

4. Das Verhalten der geologischen, hydraulischen und meteorologischen Systeme, die Freisetzung und Transport hochradioaktiver Stoffe aus dem "End"lager in die Biosphäre bedingen, ist in die Zukunft nicht prognostizierbar. Die Naturwissenschaften können damit Aussagen über die Sicherheit eines Endlagers nicht verantworten.

5. Die Nutzung der Atomenergie spaltet die lebende Generation, die von dieser zu profitieren meint, von der Nachwelt, der nicht mehr rückgängig zu machende Risiken für eine sehr lange Zukunft aufgebürdet werden. Die damit verbundenen ethischen und rechtlichen Probleme sind nicht im Ansatz gelöst.

6. Eine angemessene Diskussion über diese Fragen wird nur dann möglich sein, wenn durch den Ausstieg aus der Atomenergienutzung der Handlungsdruck vermindert wird.

Betroffen von KONRAD sind alle, die die Erzeugung radioaktiver Abfälle als Zeitgenossen zulassen und die als Anlieger des radioaktiven Abfallverkehrs gefährdet sind. Alle Betroffenen sollten sich informieren und ihre Einwendungen gegen den Plan vorbringen.

Braunschweig, den 1. 6. 1991

Dem Beirat der Arbeitsgemeinschaft gehören an:

Geologe **Dr. Detlef Appel** (Hannover), der Chemiker **Dr. Helmut Burdorf** (Leiter des Umweltamtes der Stadt Marburg), der Verwaltungsjurist **Andreas Gleim** (Hamburg), Frau **Dr. Erika Hickel**, Professorin für die Geschichte der Naturwissenschaften und der Pharmazie und Vizepräsidentin der TU Braunschweig, der Physiker und Volkswirt **Dr. Matthias Kollatz-Ahnen** (Wiesbaden), der Physiker **Dr. Eckard H. Krüger** (München) und der Kernphysiker Prof. **Dr. Jens Scheer** (Bremen).

ERKLÄRUNG ALS ANZEIGE

UnterstützerInnen gesucht!

Die Erklärung des Beirats soll Ende Juni in der Frankfurter Rundschau und ggf. in weiteren überregionalen Tageszeitungen als Anzeige erscheinen. Insbesondere Wissenschaftler, Techniker, Juristen und Ärzte sind eingeladen, die Veröffentlichung mit ihrem guten Namen und ihrem guten Geld zu unterstützen.

Finanzierungsbeiträge bitte mit Stichwort "Beirats-Anzeige" auf eines der Konten der Arbeitsgemeinschaft.



Infostände und Veranstaltungen der Info-Busse

- 6.6. **Darmstadt**
12.00-16.00 Uhr, Luisenplatz
17.00-19.00 Uhr, Sprendling (Dreieich), Bürgerhaus, Fichte-
straße
20.30 Uhr, Bessunger Knaben-
schule, Darmstadt
- 7.6. • **Worms**
• **Aachen**
- 8.6. • **Karlsruhe** (vormittags)
• **Heidelberg**,
ab 14 Uhr an der Stadthalle
• **Bergisch-Gladbach**,
ab 9.00 Uhr am Stadthaus
- 9.6. **Köln** (GRÜNE Bundesver-
sammlung)
- 10.6. **Lengede**,
15.30-18.30 Uhr, Ortsmitte
- 11.6. **Bad Bevensen**
• Nachmittags, Fußgängerzone
20.00 Uhr, Veranstaltung im
Kurzhaus
- 12.6. **Göttingen**
Infostand/Abendveranstaltung
- 13.6. **Helmstedt**
16.00-18.00 Uhr, Infostand

- 14.6. **Braunschweig**
Info-Stände in der Herzogin-
Elisabeth-Straße und in Lehn-
dorf
 - 15.6. **Wolfsburg**
10-14 Uhr, Fußgängerzone
 - 17.6. **Eschwege**
 - 18.6. **Rosenheim**
 - 19.6. **München**
 - 20.6. **Ingolstadt**
 - 21.6. **Landshut**
 - 22.6. **Weiden**
 - 23.6. **Erlangen**
 - 24.6. **Schwandorf/Regensburg**
 - 25.6. **Nürnberg**
 - 26.6. **Rothenburg ob der Tauber**
 - 28.6. **Gifhorn**
 - 29.6. **Braunschweig-Stöckheim**
- Termine, die bei Redaktionsschluß noch nicht genau feststanden, wurden weggelassen. Anfragen und Koordination ab sofort bitte über Ursula Schönberger (Foto oben), Tel: 05 31 - 89 16 32

TRANSPORTRISIKO:

Hessische Kommunen und Kreise beraten

Hessische Kommunen und Kreise sind für den 26. Juni um 14 Uhr in das Landratsamt Marburg eingeladen. Auf dem Treffen soll beraten werden, wie die Gebietskörperschaften, die von den Atommüll-Transporten aus dem Süden nach KONRAD betroffen sind, ihre Rechtsinteressen im KONRAD-Verfahren schützen können.

BERGFEST:

Bundesweites Beratungstreffen zur Einwendungskampagne

Zu einer bundesweiten Beratung über die Einwendungskampagne lädt die AG Schacht KONRAD e.V. für das Wochenende 15./16. Juni in das Gewerkschaftshaus Salzgitter in der Chemnitzstraße ein. Das Treffen beginnt am Samstag um

14 Uhr und soll am Sonntag gegen 14 Uhr enden. Auf dem Treffen soll eine erste Bilanz gezogen und weitere Aktivitäten besprochen werden. Dabei wird es auch um die Frage gehen, in welcher Weise die gesammelten Einwendungen der Landesregierung Mitte Juli vorgelegt werden. Um eine kurze Anmeldung zu dem Treffen über das Büro der Arbeitsgemeinschaft wird insbesondere wegen der Organisation von Schlafplätzen gebeten.

LENGEDE, SALZGITTER, BS

Bürger-Versammlungen

Nach der Gemeinde Vechelde führen jetzt auch die Gemeinden Lengede und Salzgitter-Bleckenstedt Bürger-versammlungen und die Stadt Braunschweig eine Informationsveranstaltung durch.

- **Salzgitter-Bleckenstedt**
12. Juni, 20.00 Uhr, Alte Schule
- **Lengede**
18. Juni, 20.00 Uhr, Rathaus
- **Braunschweig**
24. Juni, 19.30 Uhr, Stadthalle

Ihre Teilnahme zugesagt haben bisher der Staatssekretär im Niedersächsischen Umweltministerium, Peter Bulle, sowie Ulrike Fink von der Gruppe Ökologie Hannover. Eine Zusage des Bundesamtes für Strahlenschutz stand bei Redaktionsschluß noch aus.

SALZGITTER:

Info-Veranstaltung der Landesregierung

Eine eigene Informationsveranstaltung zu Schacht KONRAD führt die niedersächsische Landesregierung voraussichtlich am 28. Juni in Salzgitter durch. Teilnehmen werden voraussichtlich die Umweltministerin Monika Griefahn, evtl. Innenminister Gerhard Glogowski, der schon in seinen Funktionen als Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig und Bezirksvorsitzender der SPD eine klare Position gegen KONRAD bezog, sowie einige WissenschaftlerIn. Ort und Zeit standen bei Redaktionsschluß noch nicht fest.

Adressen

Umweltschutzforum Schacht Konrad, Büro: Hauptstr. 51, 3320 Salzgitter-Üfingen, Tel: 05300/6979

Arbeitskreis Umweltschutz Lengede, Kontakt: Manfred Herzig, Tel: 05344/1895

Initiative Vechelder gegen Schacht Konrad, Anti-Konrad-Laden, Hildesheimer Str. 10 (Mi+Do 17-19, Fr+Sa 9.30-11.30) Kontakt: Jürgen Tüpker, Albert-Schweitzer-Str. 6, 3303 Vechelde, Tel: 05302/5617
Vallstedter gegen Schacht Konrad e.V., Kontakt: Helmut Kahle, Unter der Maate 11, 3303 Vallstedt, Tel: 05300/1580

Sickter Bürger gegen Atomanlagen, Kontakt: Ulrich Kreutzberg, Neue Str. 32, 3305 Veltheim, Tel: 05305/1780

Einfacher leben - im Frieden leben, Friedensgruppe in der Magnikirche, Kontakt: Marlis Fay-Rautenberg, Tel: 0531/46804

Aktion Atommüllfreie Asse, Kontakt: Margret Töpfer, Alter Weg 10A, 3340 Wolfenbüttel, Tel: 05331/78440

Initiative gegen das Atommüllager Morsleben, Kontakt: Dorothea Janzen-Pöhlmann, Birkenweg 3, 3330 Helmstedt, Tel: 05351/4872 und Wolfram Steinacker, Alter Markt 11, 0-3241 Bebertal, Tel: 0037-933/8402

Impressum

Schacht KONRAD - Zeitung Nr. 2
Zeitung zur bundesweiten Einwendungskampagne

ERSCHEINUNGSDATUM:
5. Juni 1991

HERAUSGEBERIN:

Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.
Bleckenstedter Str. 24
3320 Salzgitter
Bürozeiten: Mo. - Fr. 14-18 Uhr
Tel: 0 53 41 - 6 74 91
Fax: 05 31 - 89 56 10

REDAKTION:

Peter Dickel (verantwortlich für 2. Ausgabe); Marlis Fay-Rautenberg (mfr); Doris Kohnke (dk); Uli Kreutzberg (ulk); Claus Schröder (cs)

FOTOS: Markus Bydolek, Reinhard Hübener, Peter Dickel, privat
COMIC: Sebastian Schollmeyer
SATZ: Stadtzeitung Braunschweig
REPROS: Cicero, Braunschweig; Wehmeyer, Braunschweig
DRUCK: Oppermann, Rodenberg
AUFLAGE: 100.000

Spenden

an die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD sind steuerlich absetzbar und für die Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit dringend erforderlich. Eine Spendenbescheinigung der Stadt Salzgitter geht Anfang des folgenden Jahres automatisch zu.

KONTEN:

- Postgiroamt Hannover, BLZ 250 100 30, Konto 37 87 52 - 308
- NORD/LB, BLZ 250 500 00, Konto 9 34 42 50

Auslegungsorte

- **Hannover:** Nieders. Umweltministerium, Archivstr. 2
 - **Salzgitter-Lebenstedt:** Nebengebäude der Stadtverwaltung, Chemnitzstr. 38
 - **Salzgitter-Bad:** Städt. Verwaltungsstelle, Marktplatz 11
 - **Braunschweig:** Bezirksregierung, Bohlweg 38
 - **Peine:** Landkreisverwaltung, Burgstr. 1
- Jeweils zu den üblichen Öffnungszeiten

